

SPD

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 4. Juni 2019

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 03/2019

Mein mitbrunner!

Unsere Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles beendet ihre politische Karriere und legt alle ihre Ämter nieder. Für diesen Schritt gebührt ihr sicher Respekt. Sie übernimmt damit die Verantwortung für die Entwicklung der SPD - spätestens seitdem sie nach der letzten Bundestagswahl Parteivorsitzende wurde. Viel mehr als die schlechten Zahlen schmerzt mich, dass wir insbesondere junge Menschen nicht erreichen konnten und zwei Millionen (!) Menschen, die uns eigentlich nahestehen, nicht gewählt haben.

Das alles passt nicht zur Stimmung, die ich beim Wahlkampf erlebt habe. Unsere Mitglieder haben mit hohem Einsatz, hochmotiviert und fantasievoll für die SPD und Europa gekämpft.

Wir wollen nun keine überstürzten Schnellschüsse machen, sondern in einem geordneten Verfahren in Ruhe eine neue Partei- und Fraktionsführung zusammenstellen. Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel werden die Partei übergangsweise leiten und mein geschätzter Kollege Rolf Mützenich wird kommissarisch an der Spitze der Bundestagsfraktion stehen. Für den Neustart benötigen wir dann unverbrauchte, empathische Persönlichkeiten und klare politische Positionen, die uns wieder Alleinstellungsmerkmale verschaffen und erkenn- und wählbar machen.

Viel Spaß beim Lesen!

Johann Saathoff

Emden muss als nächster Standort für Batteriezellfertigung folgen

Mitte Mai wurde im Vorfeld der Hauptversammlung des Volkswagen-Konzerns bekannt gegeben, dass VW am Standort Salzgitter knapp eine Milliarde Euro investieren wird, um die Batteriezellfertigung am Standort Deutschland zu etablieren.

Die Entscheidung für eine Batteriezellfertigung in Deutschland ist grundsätzlich sehr zu begrüßen. Das ist eine wichtige Investition in die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Die Batteriezelle ist die entscheidende Leistungskomponente im Elektrofahrzeug.

Um einen echten Klimabeitrag für den Verkehrssektor herbeizuführen, muss allerdings auch bei der Produktion der Batteriezelle darauf geachtet werden, dass diese so klimaneutral wie nur möglich erfolgt.

Das macht Emden zum besten Standort für die Batteriezellen-Produktion. Dazu kommt noch der logistische Vorteil, dass alle benötigten Materialien seeseitig angeliefert werden können. Diese Standortfaktoren sollten bei der Planung des nächsten Standortes unbedingt berücksichtigt werden.

Der Gesetzentwurf zur Grundrente steht!

Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient mehr als Grundsicherung - und zwar unabhängig vom Einkommen des Partners. Das ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung. Arbeitsminister Hubertus Heil und Finanzminister Olaf Scholz haben dafür ein gerecht und solide finanziertes Konzept auf den Tisch gelegt: keine Mehrbelastung für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler - dafür mehr Rente für 3 Millionen Menschen, die ihr Leben lang zu niedrigen Löhnen hart gearbeitet haben - vor allem Frauen. Das ist Politik für ein solidarisches Land.

Die Kriterien sind klar: Wer 35 Beitragsjahre zusammen hat, ist berechtigt. Die Finanzierung steht, solide und gerecht: Wir wollen dafür die Mövenpicksteuer abschaffen - ein Privileg zugunsten weniger.

Es wird keine Mehrbelastung für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler geben. Wir erkennen die Lebensleistung vieler an.



Das hilft rund drei Millionen Menschen - vor allem Frauen. Wir haben geliefert. CDU und CSU sollten jetzt nicht blockieren.

■ Mehr Informationen gibt es [hier](#)

Nachhaltige Maritime Wirtschaftspolitik umsetzen

In Vorbereitung der 11. Nationalen Maritimen Konferenz, die in der 21. Kalenderwoche in Friedrichshafen stattgefunden hat, hat der Deutsche Bundestag in der letzten Sitzungswoche einen Antrag zur Stärkung der maritimen Wirtschaft verabschiedet.

Die maritime Wirtschaft ist eine der Schlüsselindustrien Deutschlands. Für den Erfolg der Exportnation Deutschland muss eine möglichst nachhaltige Antwort auf die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre gefunden werden.

Ein Schwerpunkt des Antrages liegt auf der Fortführung der maritimen Energiewende, damit auch die maritime Branche den nötigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten kann. Alternativen Technologien, die auf LNG und Wasserstoff basieren und Greenshipping-Technologien sollen bei den Forschungs- und Förderprogrammen des Bundes eine übergeordnete Rolle bekommen, insbesondere bei der Beschaffung von Behördenschiffen. Darüber hinaus soll in den Häfen die notwendige Infrastruktur geschaffen werden. Neben guten Hafen-hinterlandanbindungen umfasst das unter anderem auch die Errichtung mindestens eines LNG-Terminals sowie die Änderung der Rahmenbedingungen, um Landstrom in den Häfen zu nutzen.

Darüber hinaus muss auch der Verschmutzung durch Plastikmüll engagierter entgegengetreten werden. Damit Deutschland einen stärkeren Beitrag leisten kann, soll die Beschaffung eines bundeseigenen Spezialschiffes zur Sammlung von Plastikmüll in den Weltmeeren geprüft werden.

Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion und Lotse der SPD-Küstengang war es mir besonders wichtig hervorzuheben, dass das übergeordnete Ziel der maritimen Wirtschaftspolitik nach wie vor der Erhalt der Beschäftigung am Standort Deutschland sein muss. Der Erfolg der Maritimen Wirtschaft hängt zentral von den qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeitern und einer guten Sozialpartnerschaft ab. Es gilt gemeinsam mit den Sozialpartnern Konzepte und Maßnahmen zu erarbeiten, durch die gute Arbeit in der maritimen Wirtschaft sichergestellt werden kann. Die maritime Energiewende birgt dabei große Potentiale für die maritime Industrie. Wir müssen nun die notwendigen politischen Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potentiale zu nutzen.

■ Mehr Informationen und den Antrag gibt es unter www.SPD.de

Alexander Gerst zu Gast im Wirtschaftsausschuss des Bundestages

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie durfte in der vergangenen Sitzungswoche den Astronauten Alexander Gerst begrüßen. Kein deutscher Astronaut war länger im Weltraum.

Insgesamt hat er 362 Tage in zwei Missionen im All verbracht. Zuletzt als Kommandant der Internationalen Raumstation ISS im Rahmen der „Horizons“-Mission. Zentrale Themen der Debatte waren Sicherheitsaspekte in der Raumfahrt und die Erkenntnisse, die sich aus dem All für das Leben auf der Erde gewinnen lassen. So wurde beispielsweise über die Forschung im All berichtet, die vom Kampf gegen Parkinson bis zur effektiveren Nutzung von Beton reicht.

Darüber hinaus hat Alexander Gerst noch einmal auf die Folgen des Klimawandels hingewiesen, die aus dem Weltall sehr eindrücklich zu beobachten sind und an ein nachhaltigeres Verhalten appelliert, um die Lebensgrundlage auf der Erde auch für kommende Generationen zu schützen.

Die Schilderungen von Alexander Gerst waren sehr beeindruckend. Er hat noch einmal den übergeordneten



Nutzen und die Bedeutung der Raumfahrt für das Leben auf der Erde hervorgehoben. Auf diesen Erkenntnissen müssen wir nun aufbauen und den Klimaschutz noch mehr zum Leitbild unseres politischen Handelns machen. Da ich seit kurzen auch Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Luft- und Raumfahrt bin, habe ich mich sehr über dieses Zusammentreffen gefreut.

Sitzung der SPD Küstengang zum Thema „Modell der Gesamthafenbetriebe in den norddeutschen Ländern“

Als besonderen Gast hatten wir in der letzten Küstengang-Sitzung meinen Kollegen aus dem niedersächsischen Landtag, Matthias Arends, zu Gast.

Gemeinsam mit Thomas Mendrzik, dem Vorsitzenden der Bundesfachgruppe Maritime Wirtschaft bei ver.di, haben wir über das Modell der Gesamthafenbetriebe diskutiert.

Das Konstrukt des Gesamthafenbetriebes ermöglicht es, den besonderen Anforderungen des Hafens gerecht zu werden. Dieser vermittelt seine Gesamthafenarbeiter je nach Bedarf an die einzelnen Mitgliedsbetriebe und sorgt für einen garantierten tariflichen Lohn der Gesamthafenarbeiter. Die Gesamthafenbetriebe in Hamburg und Bremen sind nach dem Gesamthafenbetriebsgesetz (1950) besondere Arbeitgeber. Im Land Niedersachsen haben die großen Seehäfen in Emden, Wilhelmshaven und Cuxhaven jedoch kein vergleichbares Konstrukt zum Gesamthafenbetrieb in ihren Hafenordnungen.

Da kann Niedersachsen von Bremen lernen!



Nahmen an dem Gespräch teil: Mathias Stein, MdB, Johann Saathoff, MdB, Susanne Mittag, MdB, Matthias Arends, MdL, Uwe Schmidt, MdB, Thomas Mendrzik, Vorsitzender der Bundesfachgruppe Maritime Wirtschaft bei ver.di, sowie Christian Schadow, ver.di. (v.l.)

Gespräch mit Delegation des AWO - Integrationskindergartens Nesse in Berlin



Für den Preis zum „Kindergarten des Jahres“, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, war neben neun anderen Trägern, auch der AWO-Integrationskindergarten Nesse aus Dornum nominiert.

Die Auszeichnung würdigt Kitas, die gute Qualität kontinuierlich weiterentwickeln und damit im Zusammenspiel mit ihren Trägern, Eltern und weiteren Akteuren die Entwicklung der Kinder fördern. Im Zuge ihrer Berlin-Reise habe ich zusammen mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks, MdB (SPD), mit Vertreterinnen des Kindergartens aus Nesse ein Gespräch im Deutschen Bundestag geführt. Mit dabei waren ebenfalls die Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstands des AWO-Kreisverbands Norden, Barbara Kleen, der AWO-Geschäftsführer aus Norden, Florian Eiben, und der Bürgermeister Dornums, Michael Hook.

Hauptthema unseres Gespräches waren die Herausforderungen für Integrationskindergärten. Bürgermeister Hook hob den Vorbildcharakter hervor sowie auch die Vorteile, die eine Integrationsgruppe für die Kinder mit sich bringt. Jasmina Trännapp, Leiterin des AWO-Kindergartens Nesse, nannte die kleineren Gruppen sowie die Betreuung durch eine zusätzliche Fachkraft, als Hauptargumente.

Eine erfolgreiche Integration von Kindern mit Behinderung kann vor allem auch durch Normalität geschafft werden.

Daneben waren die unentgeltliche Ausbildung zur Erzieherin/Erzieher sowie der Fachkräftebedarf weitere wichtige Diskussionsthemen im Laufe des Gespräches. Denn während der vier Jahre dauernden Ausbildung zur Erzieherin/Erzieher bekommen die Auszubildenden kein Gehalt. Ich bin der Ansicht, dass das nicht mehr länger hingenommen werden kann. An dieser Stelle muss in Zukunft eine Entlohnung angestrebt werden, um die Motivation junger Menschen, die sich für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers begeistern, nicht durch hohe finanzielle Hemmnisse zu gefährden.

Meine Kollegin Caren Marks betonte zusätzlich noch, dass das Land Niedersachsen neben den Entwicklungen auf Bundesebene in Bezug auf das Kitagesetz on Top weitere Maßnahmen im Bereich des Fachkräftebedarfs anstrebe.

Am Ende des Tages wurde der AWO-Kindergarten aus Nesse leider nicht für seine hervorragende Arbeit mit dem Preis „Kindergarten des Jahres“ belohnt – aber alle waren sich darüber einig, dass schon die Nominierung an sich eine Auszeichnung ist, die für sich spricht.

Matjesfest der Landesgruppen Niedersachsen / Bremen



Bei dem mittlerweile traditionellen Matjesfest der SPD-Landesgruppen Niedersachsen / Bremen im Deutschen Bundestag haben sich auch in diesem Jahr wieder viele meiner Kolleginnen und Kollegen sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dem guten Geschmack des Emders Matjes überzeugen können.

Der Einladung, die ich als Vorsitzender der Landesgruppen ausgesprochen hatte, sind in diesem Jahr sogar so viele hungrige Menschen gefolgt, dass es nach einer guten Stunde zu ersten Engpässen beim Fisch kam. Die einhellige Meinung: Lecker! Ich hatte nichts anderes erwartet...

Ein Blick hinter die Kulissen des Bundestages

Junge Wirtschaft trifft Politik – unter diesem Motto steht der jährliche Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland mit dem Deutschen Bundestag. Während der diesjährigen Projektwoche begleitete mich Barbara Altmann von EWE in Oldenburg eine Woche lang bei meiner parlamentarischen Arbeit.

Für mich ist es wichtig, dass Politik und Wirtschaft im Dialog bleiben. Mich interessiert, wo der Schuh drückt und wie politische Entscheidungen in der Unternehmenspraxis ankommen. Gleichzeitig wächst bei den jungen Wirtschaftsvertretern das Verständnis für parlamentarische Prozesse. Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren.

Am diesjährigen Know-how-Transfer, der vom 13. bis zum 17. Mai stattfand, nahmen über 200 junge Wirtschaftsvertreter aus ganz Deutschland teil. Die Wirtschaftsjunioren Deutschland sind mit mehr als 10.000 Mitgliedern der bundesweit größte Verband junger Unternehmer und Führungskräfte und organisieren den Know-how-Transfer bereits zum 25. Mal.



Schüler der BBS 2 Emden zu Gast in Berlin

Insgesamt 14 Schüler der BBS 2 Emden haben zusammen mit ihrer Lehrerin, Frau Draudt-Janssen, den Deutschen Bundestag besucht.

Sie bekamen zunächst Gelegenheit, die Grundsatzdebatte zum 70jährigen Jubiläum des Grundgesetzes im Plenarsaal als Zuschauer von der Besuchertribüne zu verfolgen. Danach empfing ich die Gruppe und diskutierte mit ihnen.

Angesprochen wurde unter anderem das drohende Fahrverbot für Dieselfahrzeuge, die Zukunft von Elektroautos, der Ausbau von erneuerbaren Energien und die aktuelle politische Situation in Europa kurz vor der Wahl zum Europäischen Parlament.

Dabei habe ich darauf verwiesen, dass man nicht unbedingt demjenigen hinterherlaufen sollte, der auf eine komplizierte Frage eine ganz einfache Antwort hat.

Europa ist friedens- und wirtschaftspolitisch extrem wichtig! Seitdem es den Zusammenschluss der europäischen Länder gibt, gab es keinen Krieg mehr in Europa.



Zwei höchst spannende und vielseitige Wochen im Bundestag Praktikumsbericht von Laura Liebhart aus Biberach

Als erste Praktikantin von Johann Saathoff aus dem „Schwabenländle“ durfte ich während zweier Sitzungswochen ein wenig politische Luft schnuppern. Für mich als Energiewirtschaftsstudentin kam eigentlich kein anderer Abgeordneter als Johann, der energiepolitische Koordinator seiner Fraktion, in Frage. Ich glaube, ich kann von Glück sprechen, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, diese Erfahrung zu machen.

Ich durfte Johann während meiner zwei Wochen in Berlin auf nahezu alle Termine und Veranstaltungen begleiten. So lernte ich nicht nur den Alltag eines Abgeordneten kennen, sondern konnte mich auch fachlich mit den Themen befassen, die im Fokus meines Studiums stehen. Wie die Mitarbeiter hierbei den Überblick im Termindschubel behalten und wie Johann das Pensum seiner Termine, seien es Ausschusssitzungen, Besuchergruppen, Plenumsdebatten oder Interviews, souverän erledigt, hat mich extrem beeindruckt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Zusammenspiel in jedem Team so gut funktioniert. Denn trotz des ganzen Terminstresses haben sich alle die Zeit genommen für energiepolitische oder auch private Gespräche.

Mir wurde während der zwei Wochen deutlich bewusst, wie vielschichtig und hoch kompliziert sich die politische Entscheidungsfindung in manchen Punkten gestaltet. Nicht zuletzt durch diverse unterschiedliche Meinungen, die schon fraktionsintern bestehen und natürlich nicht weniger werden, wenn man die Meinungen anderer Parteien auch noch unter einen Hut bringen muss.

Die Zusammenarbeit ist hier mit manchen angenehm, mit manchen eher schwierig und auch mit manchen unmöglich (bzw. nicht erwünscht). Ich habe gelernt, dass es nicht immer möglich ist, einen Konsens zu finden, also eine Entscheidung, bei der alle Beteiligten miteinander konform gehen, sondern dass es sich oft um einen Kompromiss handelt, bei dem Abstriche gemacht werden müssen. Die angespannte Stimmung kurz vor der Europawahl war im ganzen Bundestag quasi spürbar und der Respekt davor, dass rechtspopulistische Parteien immer mehr Zuspruch, nicht nur in Deutschland, bekommen, erfuhr ich neben den Debatten im Bundestag auch bei TV-Sendungen wie „hart aber fair“.

Insgesamt war das Praktikum im Team von Johann Saathoff eine Erfahrung, die ich so schnell nicht vergessen werde und die ich nicht missen möchte.



Laura zusammen mit Johann Saathoff und „ihrem“ SPD-Bundestagsabgeordneten für Biberach, Martin Gerster.

Gespräch mit Isu Aluvula aus Papua-Neuguinea

Isu Aluvula, Social Concern Officer beim Kirchenrat Papua-Neuguineas (PNGCC), habe ich vor ein paar Wochen in Papua-Neuguinea getroffen. Mitte Mai konnten wir beim Ostfriesentee unser Gespräch in Berlin fortsetzen. Mit dabei war Jan Pingel, der den Ozeanien-Dialog koordiniert. Das ist eine Informations- und Kampagnenstelle mit Sitz in Hamburg, die das Ziel hat, zivilgesellschaftliche und gesellschaftspolitische Stimmen aus Ozeanien in Deutschland und Europa zu stärken.



Johann Saathoff, MdB, Isu Aluvula (PNGCC) sowie Jan Pingel, Koordinator beim Ozeanien-Dialog (v.l.).

Tass Tee mit der australischen Botschafterin

Die australische Botschafterin Lynette Wood hatte ich in meiner Funktion als Mitglied der deutsch-pazifischen Parlamentariergruppe zu einer „Tass Tee mit MdB“ zu Gast in meinem Berliner Büro.

Es war ein gutes Gespräch über die Energiepolitik in Australien und in Deutschland. Wir können hinsichtlich der Energiepolitik viel voneinander lernen und miteinander gestalten!



Johann Saathoff, MdB, und die australische Botschafterin Lynette Wood bei einer Tasse Ostfriesentee.

Schülerinnen und Schüler des Max-Windmüller-Gymnasiums aus Emden besuchen den Deutschen Bundestag

Gleich mit vier Klassen der 10. Jahrgangsstufe waren Schülerinnen und Schüler des Max-Windmüller-Gymnasiums aus Emden zusammen mit ihren Lehrkräften auf Berlinfahrt. Im Zuge dieser Fahrt besuchten sie auch in drei Gruppen den Deutschen Bundestag.

Neben einem Besuch im Plenarsaal nebst Teilnahme an einer Plenarsitzung bzw. einem Vortrag des Besucherdienstes auf der Besuchertribüne des Reichstages gehörte unter anderem auch eine Diskussion mit mir für den größten Teil der Gruppe zu dem Programm. Die Themen, die dabei zur Diskussion standen, reichten von grundsätzlichen Aspekten der Arbeit eines Abgeordneten bis hin zu sehr aktuellen politischen Debatten.

Auf die Frage hin, was einen guten Politiker eigentlich ausmacht, lautete meine Antwort: Authentizität, Erreichbarkeit bzw. Ansprechbarkeit und das Vertreten der eigenen Meinung.

Aufgrund der kurz bevorstehenden Europawahl kam auch dieses Thema nicht zu kurz.

Bei dieser Gelegenheit zitierte ich den ehemaligen Präsidenten des EU-Parlaments Martin Schulz (MdB/SPD) zu diesem Thema: „Europa ist eine wunderbare Idee – gemeinsam stark sein und sich friedlich entwickeln.“ Leider haben einige Menschen diese Idee aus dem Fokus verloren und sehen nur noch die Verwaltung. Das ist sehr schade und gefährlich für den Frieden.



Nach Gespräch in Berlin: Wiekenkonferenz in Ostfriesland

Die Fehne mit ihren Kanälen und Wieken prägen das Bild Ostfrieslands und sind typisch für Gemeinden wie Moormerland, Großefehn, Wiesmoor, Rhaderfehn oder Ostrhaderfehn. „Die Wieken gehören zu Ostfriesland wie Tee und Deiche“, sagt die Moormerländer Bürgermeisterin Bettina Stöhr.

Aber immer mehr Wieken verlanden oder wachsen zu. „Unsere Bevölkerung wünscht sich gepflegte Wieken. Aber uns sind durch Auflagen die Hände gebunden“, meint Stöhr. Deshalb wandte sie sich an mich und meine Kollegin Gitta Connemann. Daraufhin kam es zu einem Gespräch im Bundesumweltministerium, an dem neben mir, Connemann und Stöhr die Bürgermeister Günter Harders (Ostrhaderfehn), Geert Müller (Rhaderfehn), Olaf Meinen (Großefehn) und Matthias Huber (Apen) teilnahmen. Gesprächspartnerin war die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter. Im Gespräch stellte Bürgermeister Müller klar: „Auch wenn ich weiß, dass sich die Funktion der Kanäle verändert hat, will ich nicht akzeptieren, dass das Gewässer in seiner ursprünglichen Funktion als Wasserstraße überhaupt nicht mehr erkennbar ist.“ Schwarzelühr-Sutter steckte noch einmal den rechtlichen Rahmen ab. Neben naturschutzrechtlichen Vorgaben sei der Artenschutz zu beachten. Allerdings seien Spielräume gegeben. Dieser müssen genutzt werden. Eine gesetzliche Änderung auf Bundesebene könne immer nur der letzte Ausweg sein. Das klang vernünftig. Ich habe mich sehr gefreut, dass

dieses Treffen zustande kam. Das direkte Gespräch ist unglaublich hilfreich bei der Suche nach praktikablen Lösungen, die den Schutz der Wieken möglich machen und den Naturschutz beachten.

Bürgermeisterin Stöhr lud die Staatssekretärin nach Ostfriesland ein. Schwarzelühr-Sutter nahm die Einladung spontan an. Sie wird sich vor Ort in Moormerland ein Bild machen. Dort soll dann eine „Wiekenkonferenz“ stattfinden, zu der neben Vertretern des Bundes, des Landes und der Kommunen noch weitere Personenkreise geladen werden. Bürgermeisterin Stöhr übernimmt die Organisation.



Das Bild zeigt von links: Gitta Connemann, Olaf Meinen, Bettina Stöhr, Rita Schwarzelühr-Sutter, Geert Müller, Johann Saathoff, Matthias Huber und Günter Harders.

Bundeszuschuss für Kirche in Visquard

Ich freue mich sehr darüber, dass die Außensanierung der Kirche in Visquard nun durchgeführt werden kann. Die Instandsetzung von Dach und Mauerwerk macht die Kirche fit für die kommenden Jahrhunderte und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt unserer ostfriesischen Kultur. Die Investition ist für Gemeinde und Landeskirche allein zu groß, deshalb ist es gut, dass sich nun auch der Bund mit 220000 Euro finanziell engagieren wird.

Die Kirche der reformierten Kirchengemeinde stammt aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Wie auch in den anderen Orten der Krummhörn steht sie an zentraler Stelle mitten auf einer Warf. Der Backsteinbau wurde in den vergangenen Jahrhunderten mehrfach umgebaut. Das ostfriesische Wetter hat der Kirche in der Vergangenheit zugesetzt, sodass die Hülle nun einer umfassenden Sanierung bedarf.

Davon habe ich mich vor Ort überzeugt und mich daher gerne dafür eingesetzt, dass der Bund hilft.



Johann Saathoff beim Besuch in der Visquarder Kirche.

"For elk und een" - Beratung hat sich bewährt

Vor einem Jahr eröffnete die „Unabhängige Teilhabeberatung für elk und een“ ihr Büro in Emden. Drei Sozialarbeitende bieten seitdem kostenlose Beratungen in den Landkreisen Aurich und Leer sowie in der Kreisfreien Stadt Emden an. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will mit der Förderung eine ganz besondere Form der Beratung unterstützen: Betroffene beraten ratsuchende Betroffene.

Bei der Eröffnung des Büros hatte ich zugesagt, ein Foto vom Pilsmer Leuchtturm zu stiften. Dazu habe ich jetzt den ersten Geburtstag genutzt und mich gleich erkundigt, welche Erfahrungen im ersten Jahr gemacht worden sind. Am Gespräch nahmen der Berater für die Stadt Emden und die Krummhörn, Christian Habl, sowie Christian Züchner und Rainer Hempel vom Vorstand „Unabhängige Teilhabeberatung für elk und een e.V.“ teil. Beraten lassen können sich Menschen mit einer Beeinträchtigung oder die davon bedroht sind, sowie Angehörige. An die 1000 Beratungen mit den unterschiedlichsten Fragen und Problemen hat es im ersten Jahr gegeben. Das zeigt mir, wie wichtig diese Arbeit und wie groß der Bedarf an Information und Hilfe ist. Die Beratungsstelle hat sich nach einem Jahr fest etabliert - die Förderung aus Berlin war gut angelegt.



Erster Geburtstag - ein Grund zum Feiern (von links): Rainer Hempel, Johann Saathoff, Christian Habl und Christian Züchner.

**Weitere Informationen dazu
gibt es auf der Homepage
www.teilhabeberatung-ostfriesland.de**

Rede-Honorar an Elternverein gespendet

Der Elternverein für krebskranke Kinder in Ostfriesland hat schon viele Spenden bekommen. Auch aus dem Ausland. Aber aus Japan war noch keine dabei. Darum freute sich Vereinsvorsitzender Ralph Gebler jetzt darüber, dass ich ihm eine Spende der Yamaoka-Stiftung in Höhe von 1000 Euro überreichen durfte. Das Geld hatte ich bei meiner Japan-Reise als Honorar für einen Vortrag über die Energiewende in Deutschland bekommen.

Das Honorar betrug 100 000 Yen. Klingt gewaltig, entspricht aber nur rund 793 Euro. Als die Yamaoka-Stiftung, die sich in Japan unter anderem um die Energiezukunft kümmert und mich darum eingeladen hatte, von meinem Ansinnen hörte, rundete sie den Betrag auf. Das war eine feine Geste.

Der Elternverein kann das Geld gut gebrauchen. Derzeit gehören dem Verein 106 Familien und 30 Erwachsene an. Der Verein berät, unterstützt und kümmert sich um Familien, deren Kinder von einer Krebserkrankung betroffen sind und Hilfe benötigen. Zur Arbeit gehören Seminare, finanzielle Hilfen, die Organisation von Freizeiten und Sommerfeste und Unterstützung aller Art bei Kontakten mit Behörden und Kassen.

Neu ist eine Gesprächsgruppe für verwaiste Eltern, also Eltern, deren Kinder den Kampf gegen den Krebs verloren haben. Dieses Angebot wird nach Angaben des Elternvereins gerne angenommen.



Ein Scheck mit japanischen Schriftzeichen: Johann Saathoff überreichte ihn dem Elternverein für krebskranke Kinder, der (von links) durch den stellvertretenden Vorsitzenden Dieter Seemann, den Vorsitzenden Ralph Gebler, Renate Elsen und Johann Gronewold vertreten war.

Rotes Fest in Leer



So macht Wahlkampf Spaß: Beim Roten Fest der SPD-Ortsvereine in der Stadt Leer gab es rotes Essen, rotes Trinken, handgemachten Blues und belgische Waffeln vom SPD-Infotruck.

Das Wetter am Denkmalplatz war klasse und so kam ich gemeinsam mit dem SPD-Europaabgeordneten Tiemo Wölken und der SPD-Landtagsabgeordneten Hanne Modder in viele Gespräche mit den Passanten. Zahlreiche Genossinnen und Genossen unterstützen die bunte und lockere Veranstaltung. Leider hat sich mein guter Eindruck aus den Gesprächen nicht im Wahlergebnis niederschlagen...



Wertschätzung für Arbeit in Engerhufe

Diese Information habe ich gerne weitergegeben: Die Restaurierung des Gemeindehauses und der Alten Pastorei in Engerhufe wird mit 154000 Euro aus dem Sonderprogramm Denkmalschutz des Bundes gefördert.

Die lutherische Pastorei und das Gemeindehaus Engerhufe bilden ein Ensemble, dessen ältester Teil, das so genannte Steinhaus, aus dem 13. Jahrhundert stammt. Im Laufe des Projektes sollen unter anderem neuere Anbauten entfernt und ein den historischen Gebäudetei-

len adäquater Anbau hinzugefügt werden. Das Steinhaus soll entkernt, defekte Fenster ersetzt und das Außenmauerwerk saniert werden. Weiterhin soll im Mittelbau von 1912 ein barrierefreies Foyer entstehen.

Neben der Kirchengemeinde soll auch der Verein Gedenkstätte KZ Engerhufe die Gebäude nutzen können. Das gefällt mir besonders, denn dort wird eine tolle und wichtige Arbeit geleistet. Den Zuschuss des Bundes sehe ich auch als Wertschätzung für diese Arbeit.

Bund hilft bei Orgel-Sanierung in Petkum

Freude bei der lutherischen Kirchengemeinde St. Antonius in Petkum: Der Bund stellt 203000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm für die Sanierung der historischen Grotian-Orgel bereit. Ich hatte mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen Gitta Connemann und Ulla Ihnen fraktionsübergreifend für die Förderung stark gemacht.

Derzeit ist die Orgel aus dem Jahr 1699 nicht mehr bespielbar. Die Kosten für eine umfassende Restaurierung

wurden auf über 400000 Euro geschätzt – zu viel für die Kirchengemeinde. Aus diesem Grund hatten die Mitglieder der Bundestagsabgeordneten um Hilfe gebeten.

Wir haben uns das Instrument vor Ort angeschaut und dann erreicht, dass der Bund 50 Prozent der Sanierungskosten schultert. Die Grotian-Orgel ist eine absolute Seltenheit.

Daher meine ich, dass die Denkmalschutzmittel hier wirklich gut investiert sind.



Die Bundestagsabgeordneten Ulla Ihnen (FDP, 3.v.r.), Gitta Connemann (CDU, 6.v.r.) und Johann Saathoff (SPD, 4.v.l.) freuen sich über die guten Nachrichten für Petkum. Durch die Förderung des Bundes in Höhe von 203000 Euro kann die historische Grotian-Orgel saniert werden.

100000 Euro für Gulfhof in Manslagt

Die Sanierung des Gulfhofes der Eheleute Tonkus im Krummhörner Ortsteil Manslagt wird mit 100.000 Euro aus dem Sonderprogramm Denkmalschutz des Bundes gefördert.

Der Gulfhof stammt aus dem Jahr 1795 und ist mit seinem Butzenzimmer und den einmaligen Barockmalereien besonders wertvoll, hat in der Vergangenheit aber deutlich gelitten. Darum ist es sehr wichtig für unsere ostfriesische Kultur, dass die Sanierung nun starten kann. Für Privatleute ist es eine besondere Herausforderung, ein solches historisches Denkmal zu erhalten.

Die Eheleute Tonkus sagten, dass die Sanierung mit eigenen Mitteln nicht so einfach möglich gewesen wäre und bedankten sich, dass ich ein offenes Ohr für ihr Anliegen gehabt habe - das müssen sie nicht, dafür bin ich ja da.



Rund 50 Ostfriesen zu Gast in der Bundeshauptstadt



Rund 50 Ostfriesen aus der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich hatte ich zu einer 4-tägigen politischen Bildungsfahrt, die von Seiten des Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wurde, eingeladen, die Bundeshauptstadt zu besuchen.

Da der Besuch in eine Wahlkreiswoche fiel (in der die Abgeordneten nicht in Berlin sind) verabschiedete ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Emden vor der Abfahrt.

Auf dem Programm stand zunächst eine Stadtrundfahrt durch Berlin. Danach besuchte die Gruppe das Schloss

Cecilienhof in Potsdam. Das ist der Ort, an dem die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg das Potsdamer Abkommen beschlossen haben.

Am zweiten Tag folgte ein Besuch im Bundesverteidigungsministerium und im Widerstandsmuseum in der Stauffenbergstraße sowie eine Besichtigung des Bundesrates. Zum krönenden Abschluss besuchte die Gruppe am letzten Tag den Reichstag, hörte einen Vortrag über die Arbeit des Parlaments und besuchte anschließend die Kuppel.

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB

Burggraben 46, 26506 Norden

Tel: 04931 - 4417

Fax: 04931- 930 16 73

johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 - 227 - 73 155

Fax: 030 - 227 - 70 155

johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155

johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Laura Liebhart, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann